

Ressort: Finanzen

Bundesländer fordern Änderungen bei Handelsabkommen TTIP

Berlin/Washington, 06.07.2014, 08:26 Uhr

GDN - Die Bundesländer stemmen sich gegen das Handelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA in der bisher angestrebten Fassung. Angeführt von Baden-Württemberg, Hamburg und Niedersachsen wollen sie am Freitag im Bundesrat eine Entschließung verabschieden, die mehr Transparenz in den Verhandlungen fordert und sich vor allem gegen das geplante Investitionsschutzverfahren wendet, berichtet der "Spiegel".

Danach könnten sich deutsche Geschäftsleute, die sich von US-Behörden benachteiligt fühlen, nur vor einem speziellen US-Schiedsgericht beklagen, das zudem hinter verschlossenen Türen tagt. Die Länder wollen erreichen, "dass Investoren grundsätzlich auf den Rechtsweg vor nationalen staatlichen Gerichten zu verweisen sind". Zudem warnen sie davor, die jeweils niedrigsten Standards aus anderen Abkommen anzuwenden. Ein deutsches Ja zu TTIP ist nach Ansicht des Bundesrats nicht ohne seine Zustimmung möglich.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-37342/bundeslaender-fordern-aenderungen-bei-handelsabkommen-ttip.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com